

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 60

FREITAG, DEN 3. AUGUST

2012

Inhalt:

	Seite		Seite
Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Autobahn A 7 von vier auf sechs Fahrstreifen im Planungsabschnitt Schnelsen vom Autobahndreieck Hamburg-Nordwest bis zur Landesgrenze mit Schleswig-Holstein	1537	Widmung einer Wegefläche	1539
Planfeststellungsverfahren – Neue Bahnbrücke Kattwyk –	1538	Widmung von Wegeflächen	1539
Ungültigkeitserklärung einer gelben Waffenbesitzkarte	1538	Widmung von Wegeflächen	1539
Bekanntgabe nach § 3 a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)	1538	Bekanntmachung des Deutschlandradios – Veröffentlichung der Hörfunkprogramme der Landesrundfunkanstalten der ARD und des Deutschlandradios –	1539
Widmung von Wegeflächen in der Straße Mühlenberg	1539	Dritte Änderung der Prüfungsordnung für den Studiengang Gesang der Hochschule für Musik und Theater Hamburg mit dem Abschluss Bachelor of Music	1542

BEKANTMACHUNGEN

Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Autobahn A 7 von vier auf sechs Fahrstreifen im Planungsabschnitt Schnelsen vom Autobahndreieck Hamburg-Nordwest bis zur Landesgrenze mit Schleswig-Holstein

Die Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Amt für Verkehr und Straßenwesen (Vorhabensträgerin), beabsichtigt die Erweiterung der Bundesautobahn A 7 auf einer etwa 11,6 km langen Strecke nördlich des Elbtunnels zwischen der Anschlussstelle (AS) Hamburg-Othmarschen und der Landesgrenze zu Schleswig-Holstein. Das Planfeststellungsverfahren für den Teilabschnitt Schnelsen vom Autobahndreieck Hamburg-Nordwest bis zur Landesgrenze mit Schleswig-Holstein ist bereits eingeleitet und ein Erörterungstermin durchgeführt worden. Nunmehr hat die Vorhabensträgerin beim Rechtsamt der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde) einen Änderungsantrag eingereicht. Gegenstand sind in erster Linie auf Grund von Einwendungen und Stellungnahmen vorgenommene Änderungen. Zusätzlich sind auch Änderungen aus Gründen der Fortschreibung der Planung enthalten.

Soll ein ausgelegter Plan geändert werden und werden dadurch der Aufgabenbereich einer Behörde oder Belange Dritter erstmalig oder stärker als bisher berührt, so ist diesen die Änderung mitzuteilen und ihnen Gelegenheit zu

Stellungnahmen und Einwendungen innerhalb von zwei Wochen zu geben (§ 73 Absatz 8 des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes – HmbVwVfG). Dies erfolgt auf dem Postwege. Das Gleiche gilt nach § 17 a Nummer 6 des Fernstraßengesetzes (FStrG) für die von der Freien und Hansestadt Hamburg anerkannten Naturschutzvereinigungen sowie sonstige Vereinigungen, soweit diese sich für den Umweltschutz einsetzen und nach in anderen gesetzlichen Vorschriften zur Einlegung von Rechtsbehelfen in Umweltangelegenheiten vorgesehenen Verfahren anerkannt sind (Vereinigungen).

Die Benachrichtigung von der Planänderung und der Frist zur Stellungnahme für Vereinigungen, die sich nicht in der sich aus § 17 a Nummer 3 in Verbindung mit § 73 Absatz 4 Satz 1 HmbVwVfG ergebenden Frist (Einwendungs- bzw. Äußerungsfrist) geäußert hatten, erfolgt in entsprechender Anwendung der Nummer 2 Satz 2 des § 17 a FStrG, also durch die ortsübliche Bekanntmachung der Auslegung nach § 73 Absatz 5 Satz 1 HmbVwVfG im Amtlichen Anzeiger (§ 17 a Nummer 6 Satz 2 FStrG). Demgemäß erfolgt, da im Planfeststellungsverfahren für den Planungsabschnitt Schnelsen keine Äußerungen seitens der Vereinigungen eingegangen sind, hiermit die Benachrichtigung der Vereinigungen von den Änderungen. Gleichzeitig wird Gelegenheit zu Einwendungen und Stellungnahmen zu den Änderungen sowie deren Umweltauswirkungen innerhalb einer Äußerungsfrist von zwei Wochen gegeben (§§ 73 Absatz 8 HmbVwVfG, 17 a Nummer 6 FStrG). Die Änderungsunterlagen können bei der Anhebungsbehörde eingesehen oder als CD-ROM angefordert werden. Sie sind außerdem im Internet unter der Adresse

<http://www.hamburg.de/np-planfeststellungsverfahren/> veröffentlicht; rechtsverbindlich sind jedoch allein die unmittelbar bei der Anhörungsbehörde erhältlichen Unterlagen.

Einwendungen und Stellungnahmen der Vereinigungen gegen die Änderungen, die nach Ablauf der zweiwöchigen Äußerungsfrist eingehen, sind gemäß §§ 17 a Nummer 7 FStrG, 73 Absatz 4 HmbVwVfG ausgeschlossen. Die Frist ist eine gesetzliche Ausschlussfrist und kann nicht verlängert werden. Einwendungen müssen schriftlich oder zur Niederschrift bei der Anhörungsbehörde (Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Rechtsamt, Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg) erhoben werden. Die Versendung einer E-Mail genügt nicht.

Die Einwendungen sind allein gegen die Änderungen zu richten. Hinsichtlich des ursprünglich ausgelegten Inhalts der Planung ist die Einwendungsfrist verstrichen. Die insoweit bereits jetzt bei der Planfeststellungsbehörde vorliegenden Einwendungen und Stellungnahmen bleiben Bestandteil des Verfahrens und müssen nicht erneut eingereicht werden.

Hamburg, den 26. Juli 2012

**Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
– Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde –**

Amtl. Anz. S. 1537

Planfeststellungsverfahren

– Neue Bahnbrücke Kattwyk –

Die Hamburg Port Authority, Anstalt öffentlichen Rechts, und die Oiltanking Deutschland GmbH & Co. KG haben bei der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Planfeststellungsbehörde, die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens für die oben genannte Baumaßnahme beantragt.

Der Antrag beruht auf § 18 Satz 1 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) sowie auf § 15 Absatz 1 des Hamburgischen Wegegesetzes (HWG).

Mit der beantragten Maßnahme soll durch den Bau einer neuen Eisenbahnbrücke parallel zu der vorhandenen Kattwykbrücke eine zusätzliche Süderelbquerung geschaffen werden. Es ist geplant, den gesamten Schienenverkehr von der Kattwykbrücke auf die neue Brücke zu verlegen und im Zuge dessen den Verkehrsknotenpunkt Kattwyk durch eine umfassende Neustrukturierung auch der Straßenanbindungen zukunftsfähig umzubauen.

Die Planfeststellungsunterlagen, aus denen sich Art und Umfang des Vorhabens ergeben, sowie die Unterlagen zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens haben in der Zeit vom 26. September 2011 bis einschließlich 25. Oktober 2011 während der Dienststunden bzw. Sprechzeiten zu jedermanns Einsicht beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Dezernat Wirtschaft, Bau und Umwelt, Fachamt Management des öffentlichen Raums, Wegeaufsichtsbehörde, Klosterwall 8, Block D, Zimmer 103, 20095 Hamburg, sowie beim Bezirksamt Harburg, Fachamt Management des öffentlichen Raums, Harburger Rathausplatz 4, Zimmer 126, 21073 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Die eingegangenen Einwendungen und Stellungnahmen der Beteiligten sollen mit Vertretern der Vorhabenträgerin, mit den betroffenen Behörden, mit den Trägern öffentlicher Belange, mit den nach § 3 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes anerkannten Vereinen, mit den bekannten

Betroffenen und mit denjenigen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben, mündlich erörtert werden.

Der Erörterungstermin findet am 10. August 2012, ab 10.00 Uhr in der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Alter Steinweg 4, VIII. Stock, Raum 826, 20459 Hamburg, statt.

Die Teilnahme am Erörterungstermin ist freigestellt. Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachzuweisen. Bei Ausbleiben eines Beteiligten kann auch ohne ihn verhandelt werden.

Die Erörterung ist nicht öffentlich, da es sich um eine mündliche Verhandlung im Sinne des Verwaltungsverfahrensgesetzes handelt (keine allgemeine Informationsveranstaltung). Es werden vor allem die im Verfahren abgegebenen Einwendungen und Stellungnahmen erörtert.

Durch die Teilnahme am Termin gegebenenfalls entstehende Kosten (Fahrtkosten usw.) oder die durch Vertreterbestellung gegebenenfalls entstehenden Kosten können nicht erstattet werden.

Hamburg, den 27. Juli 2012

**Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
als Planfeststellungsbehörde**

Amtl. Anz. S. 1538

Ungültigkeitserklärung einer gelben Waffenbesitzkarte

Die durch die Stadt Hamburg, Bezirksamt Wandsbek, Ortsamt Bramfeld, am 13. Dezember 1995 erteilte gelbe Waffenbesitzkarte für Sportschützen mit der Dokumentennummer 63/95-2 des Herrn Stefan Laub, geboren am 9. September 1974 in Hamburg, wohnhaft Karlshöhe 13 a, 22175 Hamburg, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Hamburg, den 17. Juli 2012

**Die Behörde für Inneres und Sport
– Polizei –**

Amtl. Anz. S. 1538

Bekanntgabe nach § 3 a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Die „Hamburg Team Grundbesitz 2. Projektentwicklungs GmbH“ plant die Errichtung von sechs Wohngebäuden mit Tiefgarage auf den Grundstücken der Wendenstraße 493 und 499. In diesem Zusammenhang hat die „Hamburg Team Grundbesitz 2. Projektentwicklungs GmbH“ beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Fachamt Management des Öffentlichen Raumes, MR 13 – Wasserbehörde –, die förmliche Zulassung für die Umgestaltung der Böschungs- bzw. Uferbereiche der angrenzenden Gewässer Mittel- und Rückerskanal, die Bestandteil des Vorhabens sind, beantragt.

Das Vorhaben stellt einen Gewässerausbau nach § 68 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in Verbindung mit § 48 des Hamburgischen Wassergesetzes (HWaG) dar, für den nach der Anlage 1 Nummer 13.18.1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles notwendig ist. Die Vorprüfung des Einzelfalles gemäß UVPG hat ergeben, dass eine Ver-

pflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht besteht (§§ 3 a, c UVPG). Das Vorhaben kann nach überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien nach Einschätzung der Wasserbehörde im Einvernehmen mit dem Fachbereich Naturschutz im Fachamt Management des Öffentlichen Raumes keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die bei der Entscheidung über die Zulassung zu berücksichtigen wären (§ 12 UVPG).

Diese Feststellung ist nicht selbstständig anfechtbar (§ 3 a UVPG).

Hamburg, den 27. Juli 2012

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 1538

Widmung von Wegeflächen in der Straße Mühlenberg

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) werden im Bezirk Altona, Gemarkung Dockenhuden, Ortsteil Blankenese, eine etwa 66 m² große Fläche (Flurstück 5810), eine weitere etwa 2,50 m² große Fläche (Flurstück 5811) und eine etwa 10 m² große Fläche (Flurstück 5691), die alle in der Straße Mühlenberg liegen, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 16. Juli 2012

Das Bezirksamt Altona

Amtl. Anz. S. 1539

Widmung einer Wegefläche

Verfügung:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) in der jeweils gültigen Fassung wird das im Bezirk Hamburg-Nord in der Gemarkung Groß Borstel, Ortsteil 406, belegene Flurstück 1513 der Straße Weg beim Jäger mit sofortiger Wirkung für den öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 9. Juli 2012

Das Bezirksamt Hamburg-Nord

Amtl. Anz. S. 1539

Widmung von Wegeflächen

Es ist beabsichtigt, nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Tonndorf, Ortsteil 513, belegenen Wegeflächen mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr zu widmen:

Reisners Kamp (Flurstücke 1612 und 3640), von der Ahrensburger Straße bis zum Werthweg verlaufend;

Werthweg (Flurstück 1656), vom Reisners Kamp bis zum Thingsberg verlaufend;

Thingsberg (Flurstücke 1648 teilweise und 3139), vom Reisners Kamp bis zur Jenfelder Straße verlaufend.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegeflächen liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Ein-

sichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 12. Juli 2012

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 1539

Widmung von Wegeflächen

Es ist beabsichtigt, nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Lemsahl-Mellingstedt, Ortsteil 521, belegenen Wegeflächen mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr zu widmen:

Raamkamp (Flurstück 119), vom Fiersberg bis zum Bilenburg verlaufend,

Raamstieg (Flurstück 99), vom Fiersberg bis zum Bilenburg verlaufend.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegeflächen liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 17. Juli 2012

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 1539

Bekanntmachung des Deutschlandradios – Veröffentlichung der Hörfunk- programme der Landesrundfunkanstalten der ARD und des Deutschlandradios –

Vom 11. Juli 2012

Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und das Deutschlandradio veröffentlichen gemäß § 11 c Abs. 4 des Staatsvertrags für Rundfunk und Telemedien vom 31. August 1991 in der Fassung des Dreizehnten Staatsvertrages zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge, in Kraft seit 1. April 2010, in den amtlichen Verkündungsblättern der Länder eine Auflistung der von allen Anstalten insgesamt veranstalteten Hörfunkprogramme im Jahr 2012. Die aktuelle Auflistung folgt nachstehend.

Köln, den 11. Juli 2012

Deutschlandradio
– Körperschaft des öffentlichen Rechts –
Dr. Markus Höppener
Justiziar

Amtl. Anz. S. 1539

Auflistung gemäß § 11c Abs. 4 RStV			
LRA	Welle	Ausstrahlung	
		terrestrisch	ausschließlich im Internet
BR	Bayern 1	X	-
	Bayern 2	X	-
	Bayern 3	X	-
	BR KLASSIK	X	-
	B5 aktuell	X	-
	Bayern plus	X	-
	B5plus	X	-
	BR Verkehr	X	-
	on3-radio	X	-
	Bayern2plus	X	-
HR	hr1	X	-
	hr2-kultur	X	-
	hr3	X	-
	YOU FM	X	-
	hr4	X	-
	hr-INFO	X	-
	YOU FM ROCK Musicstream	-	X
	YOU FM CLUB Musicstream	-	X
MDR	MDR 1 Radio Sachsen	X	-
	MDR 1 Radio Sachsen-Anhalt	X	-
	MDR 1 Radio Thüringen	X	-
	MDR SPUTNIK	X	-
	MDR Figaro	X	-
	MDR Info	X	-
	JUMP	X	-
	MDR KLASSIK	X	-
	FIGARINO	-	X
	MDR SPUTNIK Black Channel	-	X
	MDR SPUTNIK Rock Channel	-	X
	MDR SPUTNIK Club Channel	-	X
	MDR SPUTNIK Insomania Channel	-	X
	MDR SPUTNIK Popkult Channel	-	X
	MDR SPUTNIK Soundcheck Channel	-	X
	MDR SPUTNIK Roboton Channel	-	X
	JUMP Trend-Channel	-	X
	JUMP Rock-Channel	-	X
	JUMP in the mix-Channel	-	X
	FIGARO Folk in concert	-	X
FIGARO Classic in Concert	-	X	
NDR	NDR 90,3	X	-
	NDR 1 Niedersachsen	X	-
	NDR 1 Radio MV	X	-
	NDR 1 Welle Nord	X	-
	NDR 2	X	-
	NDR Kultur	X	-
	NDR Info	X	-
	N-JOY	X	-
RB	Nordwestradio	X	-
	Bremen Eins	X	-
	Bremen Vier	X	-
	Funkhaus Europa [siehe WDR]	X	-
	Bremen Eins Spezial	-	X
	Nordwestradio Spezial	-	X

LRA	Welle	Ausstrahlung	
		terrestrisch	ausschließlich im Internet
	Bremen Vier Spezial	-	x
	Bremen Vier Next	-	x
RBB	Antenne Brandenburg	x	-
	Fritz	x	-
	Inforadio	x	-
	radioeins	x	-
	Kulturradio	x	-
	radioBERLIN 88,8	x	-
	Funkhaus Europa [siehe WDR]	(X)	-
SR	SR 1 Europawelle	x	-
	SR 2 KulturRadio	x	-
	SR 3 Saarlandwelle	x	-
	UnserDing	x	-
	antenne saar	x	-
	SR 1-Lounge	-	x
	SR 2-OffBeat	-	x
	SR 3-SchlagerWelt	-	x
	UnserDing-Zukunft	-	x
SWR	SWR1 Baden-Württemberg	x	-
	SWR1 Rheinland-Pfalz	x	-
	SWR2	x	-
	SWR3	x	-
	DASDING	x	-
	SWR4 Baden-Württemberg	x	-
	SWR4 Rheinland-Pfalz	x	-
	SWRinfo	x	-
	SWR2 Archivradio	-	x
WDR	1LIVE	x	-
	WDR 2	x	-
	WDR 3	x	-
	WDR 4	x	-
	WDR 5	x	-
	Funkhaus Europa	x	-
	KIRAKA	x	-
	1LIVE diggi	x	-
	VERA	x	-
DRadio	Deutschlandradio Kultur	x	-
	DRadio Wissen	x	-
	Deutschlandfunk	x	-
Gesamt	89 + 3 DRadio	64 + 3 DRadio	25
	(X) Übernahme siehe RB/WDR		
Durch das Landesrecht auf der Grundlage des § 11 c Abs. 2 Satz 2 RStV zusätzlich beauftragte digitale terrestrische Hörfunkprogramme			
LRA	Welle	Ausstrahlung	
		terrestrisch	ausschließlich im Internet
NDR	NDR Musik Plus	x	-
	NDR Traffic	x	-
	NDR Info Spezial	x	-

Dritte Änderung der Prüfungsordnung für den Studiengang Gesang der Hochschule für Musik und Theater Hamburg mit dem Abschluss Bachelor of Music

Vom 23. Mai 2012

Das Präsidium der Hochschule für Musik und Theater Hamburg hat am 26. Juni 2012 die vom Hochschulsenat am 23. Mai 2012 auf Grund von § 85 des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG) vom 18. Juli 2001 in der Fassung vom 16. November 2010 (HmbGVBl. 2001 S. 171, 2010 S. 605) beschlossene Dritte Änderung der Prüfungsordnung für den Studiengang Gesang an der Hochschule für Musik und Theater Hamburg mit dem Abschluss Bachelor of Music vom 2. Juli 2008, 13. Mai 2009, 10. Juni 2009, 16. Dezember 2009, 10. Februar 2010, 14. April 2010 und 12. Mai 2010, zuletzt geändert am 15. Februar 2012 (Amtl. Anz. 2010 S. 1740, 2012 S. 448), gemäß § 108 Absatz 1 HmbHG genehmigt.

Artikel I

- § 28 Absatz 4 (Bachelorprüfung) wird wie folgt geändert:
„(4) Die einzelnen Prüfungsteile werden von folgenden Prüfungskommissionen abgenommen:
– Für das Bachelorprojekt/Öffentliches Konzert: mindestens fünf, höchstens sieben Prüfer/innen, davon

muss die Mehrheit aus dem Hauptfach Gesang kommen, ein oder zwei Mitglieder der Opernabteilung (Partienstudium/Regie) plus ein Mitglied aus dem Repertoirestudium.

- Für das Bachelorprojekt/schriftliche Dokumentation: ein/e Lehrende/r aus der Musikwissenschaft sowie eine Lehrende/r aus dem Kernmodul Gesang.
 - Für die szenisch-musikalische Prüfung: mindestens fünf, höchstens sieben, davon müssen vertreten sein Professoren aus den Bereichen Regie, Partienstudium und Gesang, davon muss eine Mehrheit aus Lehrenden des Faches Gesang sein.“
- Die Modulbeschreibung „Abschlussmodul Gesang“ in der Fassung vom 15. Februar 2012 wird durch die beige-fügte neue Modulbeschreibung „Abschlussmodul Gesang“ geändert.

Artikel II

Inkrafttreten

Die Regelungen des Artikels I treten einen Tag nach Veröffentlichung in Kraft.

Hamburg, den 23. Mai 2012

Hochschule für Musik und Theater Hamburg

Amtl. Anz. S. 1542

Abschlussmodul Gesang

Modulbezeichnung /-code	Abschlussmodul		B-Gs-A		
ECTS-Punkte	20				
Studiensemester	8. Semester				
Dauer / Art des Moduls	Semester / Pflichtmodul				
Häufigkeit des Angebots	Jedes Jahr	Präsenzzeit	Vor-/Nachbe.	SWS	Credits
Bestandteile der Bachelorprüfung	1.) Bachelorarbeit Öffentliches Konzert (60 %)	-	300	-	10
	2.) Schriftliche Arbeit (10 %)	-	60	-	2
	3.) Szenisch-musikalische Darstellung (30 %)	-	240	-	8
Inhalte der Bachelorprüfung	1.) Repertoire von 45 Minuten Vortragsdauer: mindestens drei Stilepochen, mindestens drei Sprachen: deutsch, italienisch und mindestens eine weitere Sprache. Lied und Oratorium müssen, Oper kann vertreten sein. Mindestens 15 Minuten Lied sowie 10 Minuten Oratoriumarien, mindestens eine davon mit Rezitativ. Das Konzertprogramm muss bis 1. Mai vorliegen. 2.) Darstellung der Hintergründe zur Auswahl der Literatur des Öffentlichen Konzertabends in Form eines Programmhefts. Ca. 3-5 Seiten (exklusive Originaltexte, Übersetzungen, Bildmaterial). 1 Seite = ca. 2500 Zeichen. Abgabe: 15. Mai. 3.) Szenisch-musikalische Darstellung einer Szene, Mitarbeit an einem kleineren Projekt: Zwei musikdramatische Szenen, die eine Arie, wenn möglich mit Rezitativ, und ein Ensemble beinhalten müssen.				
Teilnahmevoraussetzungen	Abschluss des 7. Semesters, Nachweis von 210 CP				
Koordination	Fachgruppensprecher/in Gesang				
Empfohlene Basisliteratur	n.V.				

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 igs internationale gartenschau hamburg 2013 GmbH
 Postanschrift:
 Am Inseipark 1, 21107 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zu Händen von Frau Mohr
 Telefon: +49 (0)40 / 226 31 98 - 0,
 E-Mail: info@igs-hamburg.de
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 Sonstige: siehe Anhang A.II
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 Sonstige: siehe Anhang A.III
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Sonstige: igs Gartenschau Hamburg 2013 GmbH
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Sonstige: igs Gartenschau Hamburg 2013 GmbH
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Ja

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
 05-540-ihs AS 04 Geophytenlieferung
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
 Lieferauftrag
 Kauf
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg
 NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Lieferung von Blumenzwiebeln.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
 Hauptgegenstand: 03451200
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
 90354 Stück Blumenzwiebeln
 Geschätzter Wert ohne MwSt: 20.300,- Euro
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung
 Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
 Beginn: 14. September 2012
 Ende: 1. Oktober 2012

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: –
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
 Zahlungen im Rahmen der VOL/B und der Verabeunterlagen.
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
 Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung
 Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –

- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –
- III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: Nein
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
OV-igs-277/12
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Ja, Vorinformation
Bekanntmachungsnummer im ABl:
2011/S 237-382920 vom 9. Dezember 2011
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme:
8. August 2012, 12.00 Uhr
Kostenpflichtige Unterlagen: Ja
Preis: 10,- Euro
Zahlungsbedingungen und -weise:
Banküberweisung, Schecks oder Briefmarken werden nicht angenommen. Überweisung des Kostenbeitrages unter Angabe des Aktenzeichens OV-IGS-277/12. Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis der Einzahlung vorliegt. Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
ZVA, Konto-Nr. 375202205, BLZ 200 100 20,
Geldinstitut: Postbank Hamburg.
IBAN DE 50200100200375202205,
BICPBNKDEFF200 (Ort: Hamburg)
Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift

- Anhang A.II) (Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen) schicken.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
15. August 2012, 9.30 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: 10. September 2012
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Tag: 15. August 2012, 9.30 Uhr
Ort:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg, ZVA,
Zimmer E231
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:** Nein
- VI.2) **Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird:** Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der Finanzbehörde
Postanschrift:
Rödingsmarkt 2, 20459 Hamburg, Deutschland
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Abs. 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird. Des Weiteren ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
26. Juli 2012

ANHANG A**SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN**

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind:** –
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Postanschrift:
 Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
 Deutschland
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind**
 Offizielle Bezeichnung:
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Postanschrift:
 Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
 Deutschland
- IV) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind**
 Offizielle Bezeichnung:
 igs internationale gartenschau hamburg 2013
 GmbH
 Postanschrift:
 Am Inseipark 1, 21107 Hamburg,
 Deutschland

Hamburg, den 26. Juli 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

682

Auftragsbekanntmachung**ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**

- II.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 FB SBH | Schulbau Hamburg
 Postanschrift:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 FB SBH | Schulbau Hamburg,
 3B2 Ausschreibungen,
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zu Händen von: Frau Kirsten Spann
 Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 68
 Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
 E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
 Internet-Adresse(n):
 Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
 des Auftraggebers:
<http://www.hamburg.de/schulbau/>
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Regional- oder Lokalbehörde

- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Allgemeine öffentliche Verwaltung

- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**II.1) Beschreibung**

- II.1.1) Bezeichnung des Wettbewerbs/Projekts durch den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber
 Ersatzneubau und gegebenenfalls Zubau am Standort Richardstraße 85, Hamburg – Objektplanung gemäß § 33 HOAI

- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 12

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Seit dem 1. Januar 2010 ist das Sondervermögen Schulbau wirtschaftlicher Eigentümer aller für schulische Zwecke genutzter Grundstücke und Gebäude der staatlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Hamburg mit einer Grundstücksfläche von rd. 9,1 Mio. m² und einer Hauptnutzfläche von rd. 2,2 Mio. m². Das Sondervermögen hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und sie an die Behörde für Schule und Berufsbildung zu vermieten.

In dieser Tätigkeit wurde der SBH | Schulbau Hamburg mit der Sanierung und Erweiterung

der Grundschule am Standort Richardstraße 85 in Hamburg beauftragt. Da eine Sanierung im Bestand als unwirtschaftlich bewertet wurde, ist ein Ersatzneubau vorgesehen. In diesem sind zusätzliche Flächen für den Ganztagsbetrieb der Schule zu integrieren. Ebenfalls soll die bisherige Zweizügigkeit gegebenenfalls zu einer Dreizügigkeit ausgebaut werden.

Der Auftrag besteht aus folgenden Maßnahmen:

1. Ersatzbau in Form eines kompakten Neubaus am Standort Richardstraße. Es sollen folgende Gebäude durch den Ersatzneubau ersetzt werden (zurzeit zweizügig mit 8 Klassen und 14 Klassenräumen, gemäß Musterflächenprogramm: ca. 2.544 m² NF):

- a. Pausenhalle;
- b. Klassenkruz;
- c. Verwaltung;
- d. Pavillon.

Die Turnhalle, die angrenzenden Freianlagen (Bolzplatz) und die Hausmeisterwohnung sind nicht Bestandteil der Baumaßnahme.

2. Als Zubau zur Realisierung des Ganztags-schulprogramms und gegebenenfalls Ausbau einer Dreizügigkeit sind folgende Flächen vorgesehen:

- a. 216 m² NF für den Ganztagsbedarf;
- b. 800 m² NF für den Ausbau der Dreizügigkeit.

Der Abriss und Neubau soll von 2013 bis 2016 in mehreren Bauabschnitten bei laufendem Betrieb umgesetzt werden. Die eingestellte Kostenhöhe liegt bei 9.050.000,- Euro (brutto) für die Gesamtmaßnahme (Sanierung und Ersatzneubau, KG 200 bis 700 gemäß DIN 276).

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

- Leistungsphasen 1 bis 2 gemäß § 53 HOAI, Objektplanung.
- Leistungsphasen 3 bis 9 gemäß § 53 HOAI, Objektplanung als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (gegebenenfalls in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71240000

- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

- II.1.8) Lose: Nein

- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: -

- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen auf ca. 430.000,- Euro inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

- II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja

Leistungsphasen 3 bis 9 gemäß § 53 HOAI, Objektplanung als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (gegebenenfalls in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

- II.3) **Vertragslaufzeit bzw.**

Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Laufzeit: 48 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Deckungssummen der Berufshaftpflicht:

Deckungssummen für Personenschäden von 1.500.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von 500.000,- Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben, oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.).

- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: -

- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).

- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Der Auftragnehmer sowie sämtlich mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nicht beamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

- III.2) **Teilnahmebedingungen**

- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Es wird darauf hingewiesen, dass die gemäß § 5 (3) VOF eingeräumte Befugnis zum Nachreichen von Unterlagen vorliegend nicht zum Tragen kommt. Fehlende Ergänzungen und Nachweise, die gefordert und bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist nicht vorgelegt wurden, führen in diesem Verfahren zwingend zum Ausschluss.

Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2), (3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gemäß § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:

- Spezifisches Anschreiben (formlos);
- ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle;
- Anlage 1 A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie);
- Anlage 1 B: Erklärungen darüber, dass keiner der in § 4 Abs. 6 a) bis g) sowie § 4 Abs. 9 a) bis e) VOF genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber zutrifft (Vordruck); zusätzlich sind die Nachweise über die geleisteten Steuerzahlungen und Sozialabgaben beizufügen;
- Anlage 1 C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck);
- Anlage 1 D: Bereitschaft zur Verpflichtung gemäß Verpflichtungsgesetz (Vordruck);
- Anlage 1 E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck);
- Anlage 1 F: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck);
- Anlage 1 G: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragsnehmern (Vordruck);
- Anlage 2 A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) oder den Nachweis über die Anhebung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1;
- Anlage 3 A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung des Bewerbers (in Kopie);
- Anlage 3 B: Darstellung zweier vergleichbarer Referenzprojekte mit Referenzschreiben.

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden und Diplom-Urkunden) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, indem das Unternehmen ansässig ist, erstellt

wurden. Bestätigungen in anderer als der deutschen Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen. Die Seiten bitte durchgehend nummerieren. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der E-Mail vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Es wird darauf hingewiesen, dass die gemäß § 5 (3) VOF eingeräumte Befugnis zum Nachreichen von Unterlagen vorliegend nicht zum Tragen kommen. Fehlende Ergänzungen und Nachweise, die gefordert und bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist nicht vorgelegt wurden, führen in diesem Verfahren zwingend zum Ausschluss.

A) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden, mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden).

B) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich gemäß § 33 HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2009, 2010; 2011). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 500.000,- Euro (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind zudem die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Es wird darauf hingewiesen, dass die gemäß § 5 (3) VOF eingeräumte Befugnis zum Nachreichen von Unterlagen vorliegend nicht zum Tragen

kommen. Fehlende Ergänzungen und Nachweise, die gefordert und bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist nicht vorgelegt wurden, führen in diesem Verfahren zwingend zum Ausschluss.

A) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers/der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier: Architekt/in für die Leistungen gemäß § 33 HOAI Objektplanung.

B) Nachweis der erbrachten Leistungen für zwei vergleichbare Projekte. Die Projekte müssen innerhalb der vergangenen 6 Jahre mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und der Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein. Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gemäß HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 300 und 400 gemäß DIN 276), Angabe der bearbeiteten Bruttogeschossfläche (BGFa gemäß DIN 277), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und gegebenenfalls beteiligte Unterauftragnehmer/ARGE-Partner, der Nennung des Bauherrn mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherrn einzureichen. Die zwei vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen. Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern und mit Bauvorhaben für das Bildungswesen bei laufendem Betrieb nachzuweisen.

C) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre. Hiervon sind im Bereich Objektplanung gemäß § 33 HOAI mindestens 5 Ingenieure/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Geforderte Berufsqualifikation gemäß § 19 VOF. Als Berufsqualifikation wird der Beruf Ingenieur/in für die Leistungen gem. § 53 und § 42 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangem Satz benennen.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand der zwei für die Leistungsbereiche der Technischen Ausrüstung gem. § 53 HOAI eingereichten Referenzprojekte jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-2 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-2 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Bauherren (0-1 Punkt) und für die Referenz für den Leistungsbereich der Ingenieurbauwerke (Entwässerung) gem. § 42 HOAI in den Kriterien vergleichbare Größe (0-1 Punkt), vergleichbare Bauaufgabe (0-2 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-1 Punkt), und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Bauherren (0-1 Punkt). Insgesamt können mit allen drei Referenzen zusammen maximal 23 Punkte erreicht werden. Der dabei verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Fachlicher Wert	15 %
2. Ästhetik	20 %
3. Qualität	20 %

<p>4. Kundendienst 10 % 5. Ausführungszeitraum 5 % 6. Preis/Honorar 30 %</p> <p>IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein</p> <p>IV.3) Verwaltungsangaben</p> <p>IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: SBH VOF 012/2012</p> <p>IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein</p> <p>IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung: Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 20. August 2012, 14.00 Uhr Kostenpflichtige Unterlagen: Nein</p> <p>IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 27. August 2012, 14.00 Uhr</p> <p>IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: 19. September 2012</p> <p>IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Folgende Amtssprache(n) der EU: DE</p> <p>IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –</p> <p>IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –</p> <p>ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN</p> <p>VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags: Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein</p> <p>VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union: Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein</p> <p>VI.3) Zusätzliche Angaben: Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht: http://www.hamburg.de/031-ausschreibungen/3286604/ausschreibungen.htm.</p>	<p>Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: Versendung der Angebotsaufforderung in der 38. Kalenderwoche 2012; Einreichung der Honorarangebote in der 41. Kalenderwoche 2012; Verhandlungsgespräche in der 43. Kalenderwoche 2012.</p> <p>VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren</p> <p>VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Postanschrift: Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland Telefon: +49/040/4 28 40 - 20 39</p> <p>VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3) Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird. Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.</p> <p>VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Postanschrift: Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland Telefon: +49/040/4 28 40 - 20 39</p> <p>VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung: 26. Juli 2012 Hamburg, den 26. Juli 2012 Die Finanzbehörde</p>
--	---

Gerichtliche Mitteilungen

Zwangsversteigerung

71 k K 11/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Alsterdorfer Straße 505, 505 A, 505 B, 505 C, 505 D belegene, im Grundbuch von Ohlsdorf, Blatt 1115 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 309/10 000 Miteigentumsanteilen an dem 2287 m² großen Flurstück 129, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und den Räumen Nummer 10, durch das Gericht versteigert werden.

Die vermietete 2-Zimmer-Wohnung liegt im Erdgeschoss rechts des Hauses Alsterdorfer Straße 505 B. Zur Eigentümergeinschaft gehören 28 Einheiten. Die Wohnfläche von 51,03 m² verteilt sich auf 2 Zimmer, Flur, Vollbad mit WC, Küche und Balkon. Beheizung über Gaszentralheizung, Warmwasser über Elektro-Einzelgeräte. Leichter Renovierungsstau.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 87 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 20. September 2012, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann im Internet unter www.zvg.com heruntergeladen oder auf der Geschäftsstelle, Caffamacherreihe 20, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 15. Februar 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Verstei-

gerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 3. August 2012

Das Amtsgericht, Abt. 71

684

Zwangsversteigerung

- Berichtigung -

802 K 72/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Kortenwisch, Bredenbekstraße belegene, im Grundbuch von Ohlsdorf Blatt 1496 eingetragene 1218 m² große Grundstück (Flurstück 1283) sowie der 1/4 Miteigentumsanteil an dem 1329 m² großen Grundstück (Flurstück 575), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist bebaut mit einem eingeschossigen, voll unterkellertem Einfamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss, Baujahr etwa 1983, postalische Anschrift: Kortenwisch 5 d. Die Wohnfläche von etwa 263 m² verteilt sich auf 10 Zimmer, Küche inkl. Speisekammer, Essdiele, Ankleidezimmer, 3 Bäder, 2 WC's sowie anteilig auf Terrasse, Loggia und Balkon. Laut Gutachten mittlere bis gehobene Ausstattung, einige Instandhaltungen und Schönheitsreparaturen erforderlich. Das Objekt wird eigen genutzt. Der 1/4 Miteigentumsanteil besteht an einem (gemeinschaftlichen) Privatweg mit Garagenbebauung und einem Carport.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: Gesamt: 615 000,- Euro, Flurstück 1283: 607 000,- Euro, 1/4 Miteigentumsanteil an dem Flurstück 575: 8000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 26. September 2012, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Erdgeschoss, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 25. November 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie

bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

685

802 K 53/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Emil-Janßen-Straße 12, 12a, 14 belegene, im Grundbuch von Barmbek, Blatt 15 284 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus einem 3403,81/100 000 Miteigentumsanteil an dem 1115 m² großen Grundstück (Flurstück 4148), verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung, im Aufteilungsplan mit Nummer 17 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Die vermietete 2-Zimmer-Wohnung zur Größe von etwa 38 m² ist im Dachgeschoss links, Hausnummer 12 belegen. Dem Sondereigentum ist das Sondernutzungsrecht an dem Kellerraum Nummer 17 und der Bodenfläche Nummer 17 im Dachgeschoss rechts eingeräumt. Auf der Sondernutzungsfläche im Dachgeschoss rechts wurde eine zweite Wohnung mit 1 Zimmer zur Größe von 18 m² zuzüglich 10 m² Ausbaureserve errichtet, die ebenfalls vermietet ist. Es ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass diese Wohnung nicht im Sondereigentum liegt, sondern lediglich im Sondernutzungsrecht. Eine Baugenehmigung liegt nicht vor, die Wohnung wird jedoch zur Zeit geduldet.

In dem Versteigerungstermin vom 28. Juni 2012 ist der Zuschlag bereits aus den Gründen des § 85 a Absatz 1 ZVG versagt worden, so dass die Verkehrswertgrenzen (sogenannte 5/10 und 7/10 Grenze) keine Anwendung mehr finden.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 101 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 11. Oktober 2012, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer

2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 6. September 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 3. August 2012

**Das Amtsgericht
Hamburg-Barmbek**
Abteilung 802

686

Zwangsversteigerung

323 K 34/11 und 323 K 35/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Hamburg, Kopperholdtweg 4/6 belegenen, betreffend das 3845 m² große Flurstück 1975, a) im Grundbuch von Bahrenfeld, Blatt 6186 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 202/10 000 Miteigentumsanteilen, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Kellerraum Nummer 35, und b) im Grundbuch von Bahrenfeld, Blatt 6200 eingetragene Teileigentum, bestehend aus 10/10 000 Miteigentumsanteilen, verbunden mit dem Sondereigentum an dem Stellplatz in der Tiefgarage Nummer 49, durch das Gericht versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten: a) Wohnungseigentum, Verfahren 323 K 34/11: Die vermietete Wohnung befindet sich im Haus Nummer 4, dort im II. Obergeschoss rechts. Der Zugang zur Wohnung erfolgt über das Treppenhaus und einen Laubengang. Die Wohnfläche von etwa 43,5 m² verteilt sich auf 2 Zimmer, Küche, Bad/WC-Raum, Flur und Balkon. Ölzentralheizung. Baujahr der Anlage etwa um 1972. b) Der Tiefgaragestellplatz ist vermietet.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: a) 74 000,- Euro für das Wohnungseigentum, Verfahren 323 K 34/11 und b) 10 000,- Euro für das Teileigentum, Verfahren 323 K 35/11.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 24. Oktober 2012, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Altona, Max-Brauer-Allee 91, 22765 Hamburg, I. Stock, Saal 114.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 3, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet unter www.zvg.com und www.zvhh.de (mit Gutachterdownload).

Die Zwangsversteigerungsvermerke sind am 29. Dezember 2011 in die Grundbücher eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungs- und Teileigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 3. August 2012

**Das Amtsgericht
Hamburg-Altona**
Abteilung 323

687

Zwangsversteigerung

417 K 30/10. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll durch das Gericht versteigert werden das im Grundbuch von Boberg, Blatt 2533 eingetragene Grundstück Boberger Aue 45.

Das Grundstück (Flurstück 3253, 674 m² groß) ist bebaut etwa 2006 mit einem nicht unterkellerten, eingeschossigen Einfamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss, Carport und Holzschuppen. Wohnfläche rund 205,07 m². Das Haus befindet sich baulich in einem ordentlichen Zustand und steht zur Zeit leer.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 410 000,- Euro.

Versteigerungstermin am **Dienstag, den 25. September 2012, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, I. Stock, Saal 114.

Das Gutachten zum Verkehrswert kann vormittags im Zimmer 311/312, eingesehen werden.

Für ein Gebot ist unter Umständen 10% des Verkehrswertes als Sicherheit zu leisten.

Der Versteigerungsvermerk ist am 9. November 2010 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der betreibende Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, andernfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des oben angegebenen Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, andernfalls tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Weitere Informationen im Internet unter www.zvg.com.

Hamburg, den 3. August 2012

**Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf**
Abteilung 417

688

Zwangsversteigerung

541 K 14/11. Zum Zwecke der Aufhebung einer Gemeinschaft soll das in 22587 Hamburg, Strandweg 14 belegene, im Grundbuch von Blankenese, Blatt 4475 eingetragene 789 m² große Grundstück (Flurstück 557), durch das Gericht versteigert werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 26. August 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 870 000,- Euro, Einheitswert: 28 223,- Euro, Gebäudefeuerversicherungswert: 27 130,- M.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 11 im Erdgeschoss, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Informationen mit dem Gutachten zum Download auch im Internet unter www.zvg.com, und www.zvhh.de.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Freitag, den 5. Oktober 2012, 10.30 Uhr**, im Amtsgericht Hamburg-Blankenese, Dormienstraße 7, 22587 Hamburg, I. Stock, Saal 18.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 3. August 2012

**Das Amtsgericht
Hamburg-Blankenese**

Abteilung 541 689

Benachrichtigung über eine Öffentliche Zustellung bewilligt durch Beschluss vom 18. Juli 2012

711 a C 187/11. Das folgende Schriftstück gilt als zugestellt, wenn seit dem Aushang eine einheitliche Frist von einem Monat verstrichen ist, § 185 ff ZPO.

In dem Rechtsstreit **BBF Bike GmbH**, vertreten durch den Geschäftsführer Hagen Stamm, Carena Allee 8, 15366 Hoppegarten – **Klägerin** –, Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte Ziegenhardt & Hoffmann, Oppelner Straße 26, 10997 Berlin, Geschäftszeichen: RB-72/11 gegen **Mike Schäfer**, Mehlandsredder 2, 22143 Hamburg – **Beklagter** – wegen Forderung.

Die beklagte Partei Mike Schäfer, letzte bekannte Adresse Mehlandsredder 2, 22143 Hamburg, ist derzeit unbekanntes Aufenthalts.

Es werden zugestellt: Beschluss vom 18. Juli 2012, Verfügung vom 15. November 2011, Anspruchsbegründung vom 14. November 2011, Schriftsätze vom 24. November 2011, 5. Dezember 2011, 15. Dezember 2011, Schriftsatz vom 13. Juni 2012 und vom 16. Juli 2012.

Der Beklagte ist unbekanntes Aufenthalts. Zustellungen konnten weder unter der letzten Anschrift Mehlandsredder 2, 22143 Hamburg, unter der Anschrift Am Sooren 2, 22149 Hamburg noch unter der Anschrift Tonnendorfer Hauptstraße 145 a, 22045 Hamburg erfolgen. Der Beklagte war unbekannt verzogen. Der derzeitige Aufenthaltsort des Beklagten konnte nicht ermittelt werden. Die Schriftstücke können auf der Geschäftsstelle Raum 212 eingesehen werden. Bitte beachten sie, dass in den Rechtsmittelbelehrungen Fristen enthalten sind und durch Fristversäumung Rechtsnachteile drohen können. Dieser Aushang ist zum Zwecke der öffentlichen Zustellung an den Beklagte(n) an die Gerichtstafel geheftet am: 26. Juli 2012.

Hamburg, den 26. Juli 2012

**Das Amtsgericht
Hamburg-Wandsbek**

Abteilung 711 690

Aufgebot

406 II 5/12. Die Gläubigerin, die **Volksbank Stormarn eG** hat beantragt, das in Abteilung III eingetragene Grundpfandrecht mit der Nummer 21 über 13.000,- DEM des Grundbuchs

des Amtsgericht Hamburg-Bergedorf von Allermöhe, Band 17, Blatt 518, zugunsten der Volksbank Bergedorf eGmbH für kraftlos zu erklären.

Der/die Inhaber des Grundschuldbriefes wird/werden aufgefordert, seine/ihre Rechte beim Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, 21029 Hamburg, Zimmer 210, spätestens am **Dienstag, den 27. November 2012** (Anmeldezeitpunkt) anzunelden und den Grundschuldbrief vorzulegen, anderenfalls wird er für kraftlos erklärt.

Hamburg, den 25. Juli 2012

**Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf**

Abteilung 406 691

Ausschließungsbeschluss

406 II 2/12. Auf Antrag der **ING-DiBa AG**, Immobilienfinanzierung, Theodor-Heuss-Allee 106, 60486 Frankfurt/Main, – 0100614237 –, beschließt das Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Abteilung 406, durch die Rechtspflegerin S. Zeyn: Der Deutsche Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Hamburg-Bergedorf von Kirchwerder Blatt 2637 in Abteilung III unter der Nummer 2 – zwei – für die ING-DiBa AG eingetragene Grundschuld über 168.726,32 Euro (einhundertachtundsechzigtausendsiebenhundertsechszwanzig Euro) wird für kraftlos erklärt.

Rechtsbehelf

Gegen diesen Beschluss ist die Beschwerde zulässig. Die Beschwerde ist schriftlich oder zur Niederschrift der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, 21029 Hamburg, innerhalb von einem Monat nach Zustellung einzulegen. Die Beschwerde soll begründet werden.

Hamburg, den 20. Juli 2012

**Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf**

Abteilung 406 692

Sonstige Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
 Postanschrift:
 Notkestraße 85, 22607 Hamburg, Deutschland
 Telefon: +49/40/89 98 - 24 80
 Telefax: +49/40/89 98 - 40 09
 Zu Händen von: Frau Dietsch/Frau Grantz
 E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de
 Internet-Adresse(n)
 Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers:
<http://www.desy.de>
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers:**
 Sonstige: Öffentlich geförderte Stiftung privaten Rechts
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Sonstige: Forschung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**
 Elektro-Ausstattung XFEL-Injektorkomplex (XHEE, XSE, XTIN, XHEIN, XSIN).
- II.1.2) **Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung**
 Bauauftrag
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:
 Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
 in der Helmholtz-Gemeinschaft,
 Notkestraße 85, 22607 Hamburg
 NUTS-Code DE600
- II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):**
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

- II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung: –**
- II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:**
 Inhalt des Leistungsverzeichnisses ist die Elektro-Ausstattung des XFEL-Injektorkomplexes.
 Angaben zum Gebäude:
 Der XCIN (Injektorkomplex) besteht aus insgesamt fünf Gebäudeteilen:
 XHEE (Eingangshalle) – dreigeschossig, oberirdisch, Abmessungen ca. (B x H x L): 28 x 25 x 12 m,
 XSE (Eingangschacht) – siebengeschossig, unterirdisch, Abmessungen ca. (B x H x L): 26 x 33 x 24 m,
 XSIN (Injektorschacht) – siebengeschossig, unterirdisch, Abmessungen ca. (B x H x L): 16 x 33 x 29 m,
 XHEIN (Injektorhalle) – dreigeschossig, oberirdisch, Abmessungen ca. (B x H x L): 16 x 8 x 28 m,
 XTIN (Injektortunnel) – siebengeschossig, unterirdisch, Abmessungen ca. (B x H x L): 8 x 33 x 34 m.
 In den Schächten XSE und XSIN sind Aufzüge vorhanden die eine jeweilige Tragkraft von 4 t haben. Die Innenabmessungen betragen B x H x T: 2,0 x 2,5 x 4,1 m. Im Schacht XSE steht zusätzlich ein Transportschacht (Abmessungen min. 3,3 x 14,0 m) zur Verfügung, durch den größere Komponenten in die unteren Stockwerke transportiert werden können. Komponenten für den Schacht XSIN müssen mit dem Aufzug transportiert werden.
- II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge: (CPV)**
 Hauptgegenstand: 45311200
- II.1.7) **Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA):** Nein
- II.1.8) **Aufteilung des Auftrags in Lose:** Nein
 Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose
- II.1.9) **Angaben über Varianten/Alternativangebote:**
 Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**
 Die Arbeiten umfassen die gesamte Elektroinstallation einschließlich Trafo-Stationsgebäude, Transformatoren (2000kVA/400V und 1250kVA/400V), zwei Hauptverteilungen, 25 x Unterverteilungen, Beleuchtung, Kabeltragsysteme, Kabel und Leitungen inkl. Verlegung usw. Ausführungszeitraum ist ca. September/Oktober 2012 bis Ende Juni 2013.
- II.2.2) **Angaben zu Optionen:** Nein
- II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung:**
 Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
 10 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN**III.1) Bedingungen für den Auftrag****III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:**

Versicherungen in Höhe von mindestens 1,5 Mio. EUR jeweils für Personen- und Sachschäden bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Der Nachweis ist mit der Bewerbung einzureichen. Näheres siehe Vergabeunterlagen.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Näheres siehe Verdingungsunterlagen.

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind zugelassen. Mit der Angebotsabgabe muss eine von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft rechtsverbindlich unterschriebene Erklärung vorliegen, dass die Mitglieder der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haften. Es muss ein bevollmächtigter Vertreter benannt werden, der durch eine rechtsverbindlich unterschriebene Erklärung aller Mitglieder der Bietergemeinschaft legitimiert ist. Näheres siehe Vergabeunterlagen.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) Teilnahmebedingungen**III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung, VHB-Bund-Ausgabe 2008, Stand August 2011). Die Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 mit den vorgesehenen Angaben und Referenzen sind mit dem Angebot einzureichen. Nachweis der zuständigen Versicherungsträger (nur für ausländische Bieter). Für alle Beteiligten von Bietergemeinschaften und für Subunternehmer sind ebenfalls die vorgenannten Angaben einzureichen. Bewerbungen, die die geforderten Angaben, Erklärungen oder Nachweise (auch Versicherungsnachweise) nicht enthalten, können unberücksichtigt bleiben.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Vorlage von Referenzen für die Ausführung vergleichbarer Leistungen der letzten 3 Jahre.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –**III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge****III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –****III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –****ABSCHNITT IV: VERFAHREN****IV.1) Verfahrensart****IV.1.1) Verfahrensart: Offen****IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –****IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –****IV.2) Zuschlagskriterien****IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis****IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion**

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) Verwaltungsangaben**IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: EO 015-12 XFEL****IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: Nein****IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:**

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme:

14. August 2012

Kostenpflichtige Unterlagen: Nein

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

11. September 2012, 10.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –**IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:**

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: bis 24. Oktober 2012**IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:**

Tag: 11. September 2012, 10.00 Uhr

Ort: Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg, Gebäude 11 a, Raum 012 (Untergeschoss)

Gebäude 11 a, Raum 012 (Untergeschoss)

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja

Gemäß § 14 Absatz 1 VOB/A Abschnitt 2.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN**VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

- VI.2) Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: –
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren
Vergabekammern des Bundes
beim Bundeskartellamt
Villemomblerstraße 76, 53123 Bonn,
Deutschland
Telefon: +49/2289499-0,
Telefax: +49/2289499-400
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: –
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
24. Juli 2012

Hamburg, den 26. Juli 2012

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 693

**Bekanntmachung
einer Öffentlichen Ausschreibung
gemäß § 12 Absatz 1 VOB/A**

DESY-Ausschreibungsnummer: C2041-12

- a) **Auftraggeber:**
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009
- b) **Vergabeverfahren:**
Öffentliche Ausschreibung nach VOB Teil A (§ 3 Absatz 1)
- c) **Elektronische Auftragsvergabe:**
Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden.
- d) **Art des Auftrags:** Einheitspreisvertrag
- e) **Ort der Ausführung:**
Betriebsgelände Deutsches Elektronen-Synchrotron
DESY in Hamburg
- f) **Art und Umfang der Leistung:**
Installation von Anlagen der Heizungs- und Lüftungstechnik
Ein auf dem DESY-Gelände gelegener Linearbeschleuniger (FLASH I) wird durch eine zweite, östlich abzweigende Tunnelstrecke (FLASH II) erweitert werden.
Diese Erweiterung besteht aus:
– Bauteil Tunnel (Gebäude 28 i) mit Beschleunigertunnel und Technikabseiten.
– Technikanbau (Gebäude 28 l) mit zwei Technikräumen.
– Laserlaborgebäude (Gebäude 28 m) mit 3 Laserlaboren und Kontroll- und Technikräumen.
Die Gesamtgrundfläche der Gebäude beträgt ca. 2.250 m².
Für diese Räume sind die Wärmeversorgungsanlagen und lufttechnischen Anlagen einschließlich der zugehörigen Anschlüsse an das Kaltwassersystem zu errichten. Die Wärmeversorgungsanlage besteht aus einer Fernwärmeübergabestation (500 kW) und ca. 980 m Verteilungsleitungen aus schwarzem Stahlrohr einschließlich dazugehöriger Verteiler, Armaturen und Pumpen. Die Lüftungstechnik besteht aus 21 Einzelanlagen (teilweise mit sehr hohen Anforderungen an konstante Temperatur und Feuchte) sowie ca. 3.500 m² Lüftungskanal aus verzinktem Stahlblech einschließlich Zubehör. Die Anschlüsse der Anlagen an das vorhandene Kaltwassersystem werden aus ca. 200 m Kupferrohr hergestellt.
- g) **Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn Planungsleistungen gefordert werden:** entfällt
- h) **Losweise Vergabe:** entfällt
- i) **Ausführungsfristen für die Baumaßnahme:**
Beginn: Mit der Ausführung ist zu beginnen spätestens 12 Werktage nach Zugang des Auftragschreibens.
Fertigstellung: Die Leistung ist zu vollenden (abnahme-reif fertig zu stellen) innerhalb von 114 Werktagen nach der Frist für den Ausführungsbeginn.
- j) **Änderungsvorschläge oder Nebenangebote:**
Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) **Anforderungen der Unterlagen und Einsichtnahme in weitere Unterlagen** unter Angabe der Ausschreibungsnummer C2041-12:
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY,
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de
Die Unterlagen können bis 7. August 2012 abgefordert werden.
- l) **Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrages, der für die Unterlagen zu entrichten ist:** entfällt
- m) **Bei Teilnahmeantrag:** entfällt
- n) **Frist für den Eingang der Angebote:**
Bis Dienstag, den 4. September 2012 um 10.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.
- o) **Anschrift:**
Die Angebote sind im verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung
DESY C2041-12
Angebotstermin 4. September 2012, Uhrzeit 10.00 Uhr
per Briefpost/Boten zu richten an:
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
oder durch persönliche Abgabe bis vor dem Eröffnungstermin einzureichen.
- p) **Sprache:**
Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) **Eröffnung:**
Dienstag, den 4. September 2012 um 10.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.
Bieter oder ihre Bevollmächtigten können bei der Eröffnung anwesend sein.

- r) **Geforderte Sicherheiten:**
sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen
- s) **Zahlungsbedingungen:**
sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.
- t) **Rechtsform einer Bietergemeinschaft:**
Angabe der gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) **Verlangte Nachweise bzw. Erklärungen:**
- Steuerabzugsverfahren bei Bauleistungen: Nach dem Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe vom 30. August 2001 ist der Auftraggeber verpflichtet, ab dem 1. Januar 2002 von jeder Zahlung 15 v.H. an das für den Auftragnehmer zuständige Finanzamt abzuführen, wenn der Auftragnehmer vor der Gegenleistung keine Freistellungsbescheinigung vorlegt. Im Rahmen der Prüfung der Zuverlässigkeit eines Bieters ist es daher notwendig, bei Angebotsabgabe spätestens jedoch bei Auftragserteilung eine Freistellungsbescheinigung vorzulegen oder die Gründe für die Nichtvorlage mitzuteilen.
 - Eignungsnachweise: Der Nachweis der Eignung kann durch einen Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) des VHB – Bund – vorzulegen. Auf Verlangen sind die Eigenerklärungen durch Vorlage von Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.
Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von 30.000,- Euro für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150 a der GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.
 - Der Bieter hat mit dem Angebot einen aktuellen Nachweis der Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 500.000,- Euro jeweils für Personen- und Sachschäden bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut einzureichen.
Angebote ohne die verlangten Nachweise/Erklärungen können nicht berücksichtigt werden.
- v) **Zuschlagsfrist:** 4. Oktober 2012
- w) **Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße wenden kann:**
Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY, kaufm. Mitglied des Direktoriums.
Hamburg, den 26. Juli 2012
Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 694
-
- Bekanntmachung
einer Öffentlichen Ausschreibung
gemäß § 12 Absatz 1 VOB/A**
- DESY-Ausschreibungsnummer: C2053-12 XFEL**
- a) **Auftraggeber:**
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09
- b) **Vergabeverfahren:**
Öffentliche Ausschreibung nach VOB Teil A (§ 3 Nr. 1)
- c) **Elektronische Auftragsvergabe:**
Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden.
- d) **Art des Auftrags:** Einheitspreisvertrag
- e) **Ort der Ausführung:**
DESY Betriebsgelände Hamburg bzw. Schenefeld in Schleswig-Holstein.
- f) **Art und Umfang der Leistung:**
Der Europäische Röntgenlicht-Freie-Elektronen-Laser European XFEL (X-ray free-electron laser) wird zwischen dem DESY Gelände in Hamburg-Bahrenfeld und der Stadt Schenefeld in Schleswig-Holstein errichtet. Weitere Informationen über das XFEL-Projekt sind im Internet unter „www.xfel.eu“ zu finden.
Für den Betrieb der Beschleuniger hat das DESY einen hohen Kühlwasserbedarf. Das geförderte Brunnenwasser gelangt über das Brunnenwassernetz in eine zentrale Aufbereitungsanlage/Enteisung. Das aufbereitete Brunnenwasser wird über das Kühlwassernetz den Kühlwasserabnehmern zugeleitet. Damit die Wasserversorgung des DESY den betrieblichen und rechtlichen Belangen zukünftig Folge leisten kann, sind folgende Sanierungsmaßnahmen vorgesehen:
- Herstellung zwei weiterer Brunnen, Sanierung der Pumpenanlagen vorhandener Brunnen.
 - Sanierung der Brunnenwasserleitungen.
 - Neubau Wasseraufbereitung mit Gebäude.
 - Neubau eines Zentralpumpwerkes mit Kühlwasserverteilung und Löschwassereinrichtungen in Form einer kombinierten Kühl- und Löschwasserversorgung.
- Derzeit werden auf dem Gelände der DESY zwei Brunnen neu gebaut und drei weitere modernisiert. Die 5 Brunnen werden im ersten Schritt wieder an die vorhandene Wasseraufbereitungsanlage angeschlossen. Hierzu ist es notwendig, dass die Brunnen im ersten Schritt die notwendigen Signale bereitstellen. Alle Brunnen werden mit einer SPS ausgerüstet. Die Signale werden in der SPS verknüpft und an die Koppelenebene weitergegeben. Über die Koppelenebene werden die notwendigen Befehle empfangen und Meldungen an die „alte Anlage“ angeschlossen und dort weiterverarbeitet. Im 2. Schritt (Neubau Wasserwerk) werden die Brunnen dann über DSL-Expander oder LWL-Umsetzer an die neue Anlage angeschlossen. Die zur Verfügung stehenden Signale, Messungen und Befehle werden dann über Ethernet an einen Brunnenmaster übertragen und für weitere Übertragungen aufbereitet.
- g) **Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn Planungsleistungen gefordert werden:** entfällt
- h) **Losweise Vergabe:** entfällt
- i) **Ausführungsfristen für die Baumaßnahme:**
Voraussichtlich ca. September/Oktober 2012 bis 5. Kalenderwoche 2013.
- j) **Änderungsvorschläge oder Nebenangebote:**
entfällt
- k) **Anforderungen der Unterlagen und Einsichtnahme in weitere Unterlagen unter Angabe der Ausschreibungsnummer C2053-12 XFEL:**
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY,
Abteilung V4 Warenwirtschaft

Notkestraße 85, 22607 Hamburg
 Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009
 E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

- l) **Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrages, der für die Unterlagen zu entrichten ist:** entfällt
- m) **Bei Teilnahmeantrag:**
 Anträge auf Teilnahme können bis zum 13. August 2012 an die unter Buchstabe k) aufgeführte Anschrift gestellt werden. Die Aufforderungen zur Angebotsabgabe werden bis zum 13. August 2012 versandt.
- n) **Frist für den Eingang der Angebote:**
 Bis Donnerstag, den 30. August 2012 um 10.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Untergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.
- o) **Anschrift:**
 Die Angebote sind im verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung
DESY C2053-12 XFEL
Angebotstermin 30. August 2012, Uhrzeit 10.00 Uhr
 per Briefpost/Boten zu richten an:
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
 oder durch persönliche Abgabe bis vor dem Eröffnungstermin einzureichen.
- p) **Sprache:**
 Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) **Eröffnung:**
 Donnerstag, den 30. August 2012 um 10.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Untergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.
 Bieter oder ihre Bevollmächtigten können bei der Eröffnung anwesend sein.
- r) **Geforderte Sicherheiten:**
 sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen
- s) **Zahlungsbedingungen:**
 sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.
- t) **Rechtsform einer Bietergemeinschaft:**
 Angabe der gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) **Verlangte Nachweise bzw. Erklärungen:**
 – Steuerabzugsverfahren bei Bauleistungen: Nach dem Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe vom 30. August 2001 ist der Auftraggeber verpflichtet, ab dem 1. Januar 2002 von jeder Zahlung 15 v.H. an das für den Auftragnehmer zuständige Finanzamt abzuführen, wenn der Auftragnehmer vor der Gegenleistung keine Freistellungsbescheinigung vorlegt. Im Rahmen der Prüfung der Zuverlässigkeit eines Bieters ist es daher notwendig, bei Angebotsabgabe spätestens jedoch bei Auftragserteilung eine Freistellungsbescheinigung vorzulegen oder die Gründe für die Nichtvorlage mitzuteilen.
 – Eignungsnachweise: Der Nachweis der Eignung kann durch einen Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124

(Eigenerklärungen zur Eignung) des VHB – Bund – vorzulegen. Auf Verlangen sind die Eigenerklärungen durch Vorlage von Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von 30.000,- Euro für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150 a der GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

– **ORTSBESICHTIGUNG:** Dem Bieter empfohlen, sich vor Angebotsabgabe nach vorheriger Terminabsprache mit der DESY-Fachabteilung – MKK 4 (Herr Krebs, Tel.: 040/8998-2018 oder Herrn Breuning, Tel.: 040/788881213) über die Lage und Beschaffenheit der Baustelle, deren Zugangsmöglichkeiten und alle sonstigen entscheidenden Randbedingungen zu informieren.

Angebote ohne die verlangten Nachweise/Erklärungen können nicht berücksichtigt werden.

v) **Zuschlagsfrist:** 1. Oktober 2012

w) **Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße wenden kann:**

Kaufmännischer Direktor des Deutschen Elektronen-Synchrotrons DESY.

Hamburg, den 26. Juli 2012

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

695

**Bekanntmachung
 einer Öffentlichen Ausschreibung
 gemäß § 12 Absatz 1 VOB/A**

DESY-Ausschreibungsnummer: C2004-12

a) **Auftraggeber:**

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
 Haus- und Lieferanschrift:
 Notkestraße 85, 22607 Hamburg
 Briefpost: 22603 Hamburg
 Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009

b) **Vergabeverfahren:**

Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 Absatz 1 VOB/A.

c) **Elektronische Auftragsvergabe:**

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden.

d) **Art des Auftrags:**

Rahmenvertrag für Zeitvertragsarbeiten nach Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes gemäß § 4 Absatz 4 VOB/A.

e) **Ort der Ausführung:**

DESY Betriebsgelände Hamburg.

f) **Art und Umfang der Leistung:**

Rahmenvertrag (ohne Abnahmeverpflichtung) über Trockenbauarbeiten auf dem ca. 55 Hektar großen DESY-Betriebsgelände in Hamburg für die Dauer von 1 Jahr mit Optionsvereinbarung für bis zu 3 weitere Jahre nach folgendem Standardleistungsbuch:

– STLB-BauZ 640 Ausgabe 2010-07
 (Trockenbauarbeiten)

Dabei muss der Auftragnehmer gewährleisten, dass die Arbeiten im Regelfall sehr zügig nach den jeweiligen Erfordernissen (Maßnahmen im Rahmen von Betriebsstörungen z.B. innerhalb von 4 Stunden nach Abruf) durchgeführt werden. Der preisgünstigste Bieter nach

- dem Auf- und Abgebotsverfahren erhält einen Wertkontrakt in der Höhe des geschätzten Jahresgesamtwertes von 65.000,- Euro zzgl. MwSt. Das aufgeführte Standardleistungsbuch wird nicht von der Vergabestelle versendet, es besteht lediglich nach vorheriger schriftlicher Terminvereinbarung die Möglichkeit einer Einsichtnahme. Den Bietern wird empfohlen die entsprechenden Bücher gegebenenfalls z.B. über die Beuth-Verlag GmbH (Burggrafenstraße 6, 10787 Berlin) selbst zu beschaffen.
- g) **Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn Planungsleistungen gefordert werden:** entfällt
- h) **Losweise Vergabe:** entfällt
- i) **Ausführungsfristen für die Baumaßnahme:**
1. Oktober 2012 bis 30. September 2013 mit Optionsvereinbarung für weitere 3 Jahre.
- j) **Änderungsvorschläge oder Nebenangebote:**
nicht zugelassen.
- k) **Anforderungen der Unterlagen und Einsichtnahme in weitere Unterlagen** unter Angabe der Ausschreibungsnummer C2004-12:
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY,
Abteilung V4 Warenwirtschaft
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de
- l) **Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrages, der für die Unterlagen zu entrichten ist:** entfällt
- m) **Bei Teilnahmeantrag:**
Anträge auf Teilnahme können bis zum 13. August 2012 an die unter k) aufgeführte Anschrift gestellt werden. Die Aufforderungen zur Angebotsabgabe werden bis zum 15. August 2012 versendet.
- n) **Frist für den Eingang der Angebote:**
Bis Mittwoch, den 29. August 2012 um 10.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.
- o) **Anschrift:**
Die Angebote sind im verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung
DESY C2004-12
Angebotstermin 29. August 2012, Uhrzeit 10.00 Uhr
per Briefpost/Boten zu richten an:
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
oder durch persönliche Abgabe bis vor dem Eröffnungstermin einzureichen.
- p) **Sprache:**
Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) **Eröffnung:**
Mittwoch, den 29. August 2012 um 10.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.
Bieter oder ihre Bevollmächtigten können bei der Eröffnung anwesend sein.
- r) **Geforderte Sicherheiten:** entfällt
- s) **Zahlungsbedingungen:**
sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.
- t) **Rechtsform einer Bietergemeinschaft:**
Angabe der gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) **Verlangte Nachweise bzw. Erklärungen:**
Der Nachweis der Eignung sollte durch einen Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) des VHB – Bund – Ausgabe 2008 – August 2011 abzugeben und nach Aufforderung durch die Vergabestelle innerhalb von 6 Kalendertagen sämtliche Bestätigungen/Nachweise der Eigenerklärungen zur Abwendung eines Ausschlusses vorzulegen.
Auf Verlangen der Vergabestelle ist die Realisierbarkeit von kurzfristigen Einsätzen, wie unter f) beschrieben, zu erklären.
Angebote ohne die erforderlichen Nachweise/Erklärungen werden nicht berücksichtigt.
- v) **Zuschlagsfrist:** 28. September 2012
- w) **Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße wenden kann:**
Kaufmännischer Direktor des Deutschen Elektronen-Synchrotrons DESY.

Hamburg, den 30. Juli 2012

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 696

**Bekanntmachung
einer Öffentlichen Ausschreibung
gemäß § 12 Absatz 1 VOB/A
DESY-Ausschreibungsnummer: C2005-12**

- a) **Auftraggeber:**
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09
- b) **Vergabeverfahren:**
Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 Absatz 1 VOB/A.
- c) **Elektronische Auftragsvergabe:**
Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden.
- d) **Art des Auftrags:**
Rahmenvertrag für Zeitvertragsarbeiten nach Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes gemäß § 4 Absatz 4 VOB/A.
- e) **Ort der Ausführung:**
DESY Betriebsgelände Hamburg.
- f) **Art und Umfang der Leistung:**
Rahmenvertrag (ohne Abnahmeverpflichtung) über Mauer-, Beton-, Fliesen-, Estrich- sowie Putz- und Stuckarbeiten auf dem ca. 55 Hektar großen Desy-Betriebsgelände in Hamburg für die Dauer von 1 Jahr mit Optionsvereinbarung für bis zu 3 weitere Jahre nach folgenden Standardleistungsbüchern:
– STL-B-BauZ 630 Ausgabe 2009-07 (Maurerarbeiten)
– STL-B-BauZ 631 Ausgabe 2011-07 (Betonarbeiten)

- STLB-BauZ 650 Ausgabe 2000-09 (Putz- und Stuckarbeiten)
 - STLB-BauZ 652 Ausgabe 2011-07 (Fliesen- und Plattenarbeiten)
 - STLB-BauZ 653 Ausgabe 2008-09 (Estricharbeiten)
- Dabei muss der Auftragnehmer gewährleisten, dass die Arbeiten im Regelfall sehr zügig nach den jeweiligen Erfordernissen (Maßnahmen im Rahmen von Betriebsstörungen z. B. innerhalb von 4 Stunden nach Abruf) durchgeführt werden. Der preisgünstigste Bieter nach dem Auf- und Abgebotsverfahren erhält einen Wertkontrakt in der Höhe des geschätzten Jahresgesamtwertes von 60.000,- Euro zzgl. MwSt. Die aufgeführten Standardleistungsbücher werden nicht von der Vergabestelle versendet, es besteht lediglich nach vorheriger schriftlicher Terminvereinbarung die Möglichkeit einer Einsichtnahme. Den Bietern wird empfohlen die entsprechenden Bücher gegebenenfalls z. B. über die Beuth-Verlag GmbH (Burggrafenstraße 6, 10787 Berlin) selbst zu beschaffen.
- g) **Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn Planungsleistungen gefordert werden:** entfällt
 - h) **Losweise Vergabe:** entfällt
 - i) **Ausführungsfristen für die Baumaßnahme:**
1. Oktober 2012 bis 30. September 2013 mit Optionsvereinbarung für weitere 3 Jahre.
 - j) **Änderungsvorschläge oder Nebenangebote:**
nicht zugelassen.
 - k) **Anforderungen der Unterlagen und Einsichtnahme in weitere Unterlagen** unter Angabe der Ausschreibungsnummer C2005-12:
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY,
Abteilung V4 Warenwirtschaft
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de
 - l) **Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrages, der für die Unterlagen zu entrichten ist:** entfällt
 - m) **Bei Teilnahmeantrag:**
Anträge auf Teilnahme können bis zum 10. August 2012 an die unter k) aufgeführte Anschrift gestellt werden. Die Aufforderungen zur Angebotsabgabe werden bis zum 14. August 2012 versendet.
 - n) **Frist für den Eingang der Angebote:**
Bis Dienstag, den 28. August 2012 um 10.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.
 - o) **Anschrift:**
Die Angebote sind im verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung
DESY C2005-12
Angebotstermin 28. August 2012, Uhrzeit 10.00 Uhr
per Briefpost/Boten zu richten an:
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
oder durch persönliche Abgabe bis vor dem Eröffnungstermin einzureichen.
 - p) **Sprache:**
Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

- q) **Eröffnung:**
Dienstag, den 28. August 2012 um 10.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.
Bieter oder ihre Bevollmächtigten können bei der Eröffnung anwesend sein.
- r) **Geforderte Sicherheiten:** entfällt
- s) **Zahlungsbedingungen:**
sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.
- t) **Rechtsform einer Bietergemeinschaft:**
Angabe der gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) **Verlangte Nachweise bzw. Erklärungen:**
Der Nachweis der Eignung sollte durch einen Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) des VHB – Bund – Ausgabe 2008 – August 2011 abzugeben und nach Aufforderung durch die Vergabestelle innerhalb von 6 Kalendertagen sämtliche Bestätigungen/Nachweise der Eigenerklärungen zur Abwendung eines Ausschlusses vorzulegen.
Auf Verlangen der Vergabestelle ist die Realisierbarkeit von kurzfristigen Einsätzen, wie unter f) beschrieben, zu erklären.
Angebote ohne die erforderlichen Nachweise/Erklärungen werden nicht berücksichtigt.
- v) **Zuschlagsfrist:** 28. September 2012
- w) **Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße wenden kann:**
Kaufmännischer Direktor des Deutschen Elektronen-Synchrotrons DESY.

Hamburg, den 30. Juli 2012

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

697

**Bekanntmachung
einer Öffentlichen Ausschreibung
gemäß § 12 Absatz 1 VOB/A**

DESY-Ausschreibungsnummer: C2006-12

- a) **Auftraggeber:**
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09
- b) **Vergabeverfahren:**
Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 Absatz 1 VOB/A.
- c) **Elektronische Auftragsvergabe:**
Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden.
- d) **Art des Auftrags:**
Rahmenvertrag für Zeitvertragsarbeiten nach Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes gemäß § 4 Absatz 4 VOB/A.

1560

Freitag, den 3. August 2012

Amtl. Anz. Nr. 60

- e) **Ort der Ausführung:**
DESY Betriebsgelände Hamburg.
- f) **Art und Umfang der Leistung:**
Rahmenvertrag (ohne Abnahmeverpflichtung) über Tischler- und Beschlagarbeiten auf dem ca. 55 Hektar großen Desy-Betriebsgelände in Hamburg für die Dauer von 1 Jahr mit Optionsvereinbarung für bis zu 3 weitere Jahre nach folgenden Standardleistungsbüchern:
– STL B-BauZ 655 Ausgabe 2000-09 (Tischlerarbeiten)
– STL B-BauZ 657 Ausgabe 2000-09 (Beschlagarbeiten)
Dabei muss der Auftragnehmer gewährleisten, dass die Arbeiten im Regelfall sehr zügig nach den jeweiligen Erfordernissen (Maßnahmen im Rahmen von Betriebsstörungen z. B. innerhalb von 4 Stunden nach Abruf) durchgeführt werden. Der preisgünstigste Bieter nach dem Auf- und Abgabungsverfahren erhält einen Wertkontrakt in der Höhe des geschätzten Jahresgesamtwertes von 24.000,- Euro zzgl. MwSt. Die aufgeführten Standardleistungsbücher werden nicht von der Vergabestelle versendet, es besteht lediglich nach vorheriger schriftlicher Terminvereinbarung die Möglichkeit einer Einsichtnahme. Den Bietern wird empfohlen die entsprechenden Bücher gegebenenfalls z. B. über die Beuth-Verlag GmbH (Burggrafenstraße 6, 10787 Berlin) selbst zu beschaffen.
- g) **Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn Planungsleistungen gefordert werden:** entfällt
- h) **Losweise Vergabe:** entfällt
- i) **Ausführungsfristen für die Baumaßnahme:**
1. Oktober 2012 bis 30. September 2013 mit Optionsvereinbarung für weitere 3 Jahre.
- j) **Änderungsvorschläge oder Nebenangebote:**
nicht zugelassen.
- k) **Anforderungen der Unterlagen und Einsichtnahme in weitere Unterlagen** unter Angabe der Ausschreibungsnummer C2006-12:
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY,
Abteilung V4 Warenwirtschaft
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de
- l) **Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrages, der für die Unterlagen zu entrichten ist:** entfällt
- m) **Bei Teilnahmeantrag:**
Anträge auf Teilnahme können bis zum 14. August 2012 an die unter k) aufgeführte Anschrift gestellt werden. Die Aufforderungen zur Angebotsabgabe werden bis zum 16. August 2012 versendet.
- n) **Frist für den Eingang der Angebote:**
Bis Donnerstag, den 30. August 2012 um 13.30 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.
- o) **Anschrift:**
Die Angebote sind im verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung
DESY C2006-12
Angebotstermin 30. August 2012, Uhrzeit 13.30 Uhr
per Briefpost/Boten zu richten an:
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
oder durch persönliche Abgabe bis vor dem Eröffnungstermin einzureichen.
- p) **Sprache:**
Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) **Eröffnung:**
Donnerstag, den 30. August 2012 um 13.30 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.
Bieter oder ihre Bevollmächtigten können bei der Eröffnung anwesend sein.
- r) **Geforderte Sicherheiten:** entfällt
- s) **Zahlungsbedingungen:**
sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.
- t) **Rechtsform einer Bietergemeinschaft:**
Angabe der gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) **Verlangte Nachweise bzw. Erklärungen:**
Der Nachweis der Eignung sollte durch einen Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) des VHB – Bund – Ausgabe 2008 – August 2011 abzugeben und nach Aufforderung durch die Vergabestelle innerhalb von 6 Kalendertagen sämtliche Bestätigungen/Nachweise der Eigenerklärungen zur Abwendung eines Ausschlusses vorzulegen.
Auf Verlangen der Vergabestelle ist die Realisierbarkeit von kurzfristigen Einsätzen, wie unter f) beschrieben, zu erklären.
Angebote ohne die erforderlichen Nachweise/Erklärungen werden nicht berücksichtigt.
- v) **Zuschlagsfrist:** 28. September 2012
- w) **Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße wenden kann:**
Kaufmännischer Direktor des Deutschen Elektronen-Synchrotrons DESY.
Hamburg, den 30. Juli 2012
Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 698